Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

21.4.1874 (No. 92)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nro. 92. | Erscheint täglich (Montag ausgen.) Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. | Dienstag, 21. April | Insectionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. | 1874.

☛ Für die Monate Mai und Juni laden wir zu zahlreichem Abonnement ergebenst ein.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 14. April. (Nach der K. V. Z.)

(Schluß.)

Abg. v. Mallinckrodt. M. H.! Es handelt sich für mich darum, Ihnen den Standpunkt darzustellen, von welchem aus ich mein Amendement eingebracht habe. Preußen ist in seiner ganzen Geschichte im Wesentlichen ein Militärstaat. Man hat nun gesagt, es habe ein heilsames Gegengewicht erhalten durch diejenigen deutschen Staaten, die nicht Militärstaaten waren, und es würde in dem geeinten Deutschland die Militärlast kleiner werden. Das ist jedoch in Wahrheit nicht geschehen, vielmehr hat sich das geeinte Deutschland ebenfalls in einen Militärstaat umgewandelt. Die Folgen davon sind nicht ausgeblieben und werden auch in Zukunft nicht ausbleiben. Für andere, als militärische Zwecke wird bei uns wenig verwendet. Wenn man Eisenbahnen gebaut hat, so hat man sie doch in erster Linie als Militärbahnen gebaut; in der Beamtenwelt begegnen Sie überall der Armee, in der Richtung des Unterrichts ist der Militärstaat das Ideal, welches der Jugend vorgezeichnet ist. So weit durchdringt der militärische Gedanke alle Schichten des Volkes. Man ist freilich sehr eilig mit der schönen Phrase da von dem Volk in Waffen; in Wirklichkeit aber betrachtet sich doch die Armee als etwas Besonderes. Ich billige diesen besonderen Standpunkt vollkommen, nur muß man der Gesammtheit des Volkes gegenüber das Militär nicht anders malen, als es ist. Wenn man ausspricht, daß das Militär eine vortreffliche Schule durchmache, so darf man sich doch auf der andern Seite gegen die Rückwirkung nicht sperren, daß der Volksgeist gegen den Militarismus kämpft, der Volksvertretung nicht die Zumuthung machen, auf alle ihre Rechte zu verzichten, wo es sich um die Entwickelung des Militärs handelt. Wir befinden uns auf einem Wege der Entwicklung der Dinge in Deutschland, den man nie früher gegangen ist in dem deutschen Reich, auf einem Wege, der zu einem Zustande führt, der mit dem Cäsarenthum in Rußland nicht große Unähnlichkeit hat. Einen Imperator auf dem Ministerstuhle haben wir heute schon (große Heiterkeit); wir haben nicht nur im Reiche eine Verfassung, wo es neben diesem allein maßgebenden Mann keinen verantwortlichen Minister gibt, sondern es gibt in Deutschland überhaupt keinen Minister mehr, sondern nur Wirkliche Geheime Räthe mit dem Titel Excellenzen. (Erneute, anhaltende Heiterkeit.)

Das Bedenklichste ist die ganze heutige Zeitströmung. Ich habe nie im Hause so frohe Gesichter gesehen, als nach jener Fractions-Versammlung, in welcher die Einigung mit der Regierung beschlossen worden ist. Man sah es den Gesichtern an, sie fühlten sich förmlich erlöst (große Heiterkeit), und das in einem Augenblicke, wo die Volksvertretung im Begriffe war, eines der wichtigen Rechte aller Volksvertretungen zu opfern; ja die Herren versicherten, es hätte ihnen die Regierung eine große Concession gemacht, und deßhalb müßten auch sie ihrerseits der Regierung ein Entgegenkommen beweisen und dürften nicht darauf bestehen, daß die Militärpersonen ebenso behandelt würden, wie andere Leute, sondern müßten dieselben von den communalen Steuern befreien und den §. 42 des Entwurfes streichen. Meine Herren, in einer solchen Zeit kann ich mich nicht dazu entschließen, die Armeeverhältnisse noch mehr, als es schon jetzt der Fall ist, zur ausschließlichen Domäne der Regierung zu machen, kann nicht zugeben, daß der Absolutismus mehr als zur Hälfte im Reiche wiederhergestellt wird. Ich bin nicht der Meinung, an der jetzt für nothwendig gehaltenen Kriegsstärke etwas zu ändern; wir haben es hier überhaupt nicht mit dieser zu thun, sondern mit der Friedenspräsenzstärke. Die Forderung der Regierung, sagt man, sei durchaus den gegenwärtigen Verhältnissen angemessen; dies erkenne ich nicht in dem Maße an, wie andere Parteien in diesem Hause. Und damit komme ich auf die praktische Frage nach der Dienstzeit. Der Herr Vertreter der Bundesregierungen, Herr v. Voigts-Rheetz sagte, man sei so discret gewesen, diese Frage nicht zu berühren. Ich kann nicht finden, worin die Discretion oder Indiscretion bestehe. Ich halte es für loyal und in der Ordnung, mit den Ansichten nicht hinter dem Berge zu halten. Oder ziehen Sie es vielleicht vor, daß man es so macht, wie gestern: nachdem alle Welt wußte, es ist eine Verständigung erreicht, spricht der Führer der liberalen Partei: ich hoffe, es wird der Regierung möglich sein, zu einer Verständigung die Hand zu bieten; dann steht der Herr Kriegsminister von Kameke auf und verliest den Beschluß des Bundesrathes, nach welchem der Compromiß angenommen worden ist. (Heiterkeit.) Und dann sagt ein Mitglied der nationalliberalen Partei: wenn die Sache innerlich lächerlich wäre, so brauche man hier doch nicht zu lachen. (Erneute Heiterkeit.)

Was nun die Frage nach der Dienstzeit betrifft, so wird sich dieselbe wohl nie mit vollkommener Sicherheit beantworten lassen; die Sache hat zwei Seiten, deren eine zu beurtheilen die Herren vom Militär vorzüglich berufen sind, die andere aber gar nicht. Vom militärischen Standpunkte sagt man, vier Jahre sind besser als drei Jahre und drei Jahre besser als zwei Jahre; vom volkswirthschaftlichen Standpunkte behauptet man gerade das Gegentheil. Die financielle Seite der Frage lasse ich auf sich beruhen, dagegen fasse ich die persönliche Seite derselben in's Auge, die persönliche Belastung der Militärpflichtigen. Und das gerade ist es, was das Militär am allerwenigsten würdigt, weil in dem ganzen Officiercorps nicht ein Einziger ist, der in die Lage kommt, eine ähnliche Pflicht erfüllen zu müssen. Der Militärdienst ist für den Officier eine Berufsarbeit und in der Zeit, in welcher andere Bürger ihrer Militärpflicht genügen müssen, bezieht der angehende Officier, der Lieutenant, noch obendrein Gehalt. Das Interesse der Familie ist vielleicht noch stärker, als das Interesse des einzelnen Militärpflichtigen darüber, daß die Leute nicht über das absolute Maß von Hause fern gehalten werden, gerade heute, wo die Arbeitskraft einen so enormen Werth hat. Gewiß ist es nützlich, eine Zeit lang eine Schule strenger Ordnung und Disciplin durchzumachen. Aber gerade wie dem Studenten die Zeit, die er über sein triennium hinaus auf der Universität sich befindet, nicht immer gerade ersprießlich ist, so muß auch die Zeit, die der Soldat länger als absolut nöthig bei der Waffe verbleibt, von schlimmen Folgen für ihn sein. Wenn ich ferner den einjährigfreiwilligen Militärdienst mit dem dreijährigen vergleiche — ich schicke voraus, daß ich nicht etwa wünsche, die Einrichtung des einjährigen Dienstes aufzuheben — so finde ich zwischen beiden kein gerechtes Verhältniß. Man könnte vom Rechtsstandpunkte aus sogar behaupten, daß eben so wie ein Jeder nach Maßgabe seiner financiellen Kraft Steuern zahlt, es eben so billig ist, daß Jeder nach Maßgabe seiner Kraft den Militärdienst leiste und daß die Leute mit besserer Schulbildung ebenso eingestellt würden, wie die mit schlechterer. Sie würden sich freilich dagegen sträuben, und nun mache ich den Rückschluß, die drei Jahre sind für den gemeinen Mann zu viel, und ich beantrage, diese Ziffer von drei Jahren zu ermäßigen. Selbst in militärischen Kreisen ist dieselbe Meinung schon zum Ausdruck gelangt, und Sie selbst (zur Linken gewendet) sind von der Richtigkeit derselben überzeugt. Ich erinnere nur an die Aeußerungen der Abgg. Dr. Gneist, v. Unruh, eines kleinen Schwärmers für die zweijährige Dienstzeit, v. Bonin's, der behauptete, daß die Verkürzung der Dienstzeit auf zwei Jahre vom ganzen Lande gewünscht werde, und v. Bockum Dolff's, welcher sagte, im dänischen Kriege habe das Volk die zweijährige Dienstzeit sich wieder erobert. Solcher Armeen mit zweijähriger Dienstzeit finde ich nur zwei, die dänische im Kriege von 1864 und die österreichische im Kriege von 1859 und 1860. Ich bin aber überzeugt von der Möglichkeit, eine vollkommen kriegstüchtige Armee mit kürzerer Dienstzeit, als drei Jahren, auszubilden.

Hr. v. Voigts-Rheetz hat gesagt, die dreijährige Dienstzeit stehe in der Verfassung; das ist aber thatsächlich nicht richtig, so daß eine gesetzliche Bestimmung meiner Forderung nicht entgegensteht. Ich würde sodann auch nicht die verlangte Präsenzstärke von 401,659 Mann bewilligen, weil die Lage keineswegs so bedrohlich ist, wie man vielfach gesagt hat. Wenn wir in nächster Zeit Krieg haben, so haben wir ihn nur, weil wir selbst ihn wollen. (Beifall im Centrum; Widerspruch rechts und links.) Der Abg. v. Bennigsen hat auf den kirchlichen Streit hingedeutet und gesagt, der Regierung sei der Kampf aufgedrungen von der römischen Curie und den deutschen Bischöfen. M. H., wo ist aber bisher das Recht der Verträge, der Friedensschlüsse je in Abrede gestellt, jemals die Rechtsgültigkeit des Gewordenen bestritten worden? Hr. v. Bennigsen reproducirte uns gestern, was wir schon oft gehört und gelesen; ich habe es daher nicht mit ihm persönlich, sondern nur mit der Sache zu thun. Es gibt aber Dinge, für die man den rechten Ausdruck nicht scheuen darf, und ich brauche ihn deßhalb; alle diese Behauptungen von früherem Datum sind eine bewußte Unwahrheit.

Präsident v. Forckenbeck. Der Herr Redner spricht doch nicht von den Behauptungen irgend einer Person in diesem Hause?

Abg. v. Mallinckrodt. Ich denke, ich habe genug vorgebeugt; ich verhalte mich ganz objectiv; die Sache selbst ist eine Unwahrheit, eine Lüge und ich halte es für nothwendig, gewisse Dinge recht prägnant zu bezeichnen. (Lebhaftes Bravo! im Centrum.) Bei diesem Streite ist die Veranlassung von der anderen Seite ausgegangen und ich habe das dringendste Interesse, nicht nur ich allein, sondern das ganze Land, so weit es das Recht liebt (Bewegung, Rufe: Oho!), das zur Sprache zu bringen. Dahin gehört auch jene Rede des Papstes von dem Koloß mit den thönernen Füßen. Ich habe in unseren Zeitungen die Berichtigung jener Rede wohl gelesen; ob sie aber auch in liberalen Zeitungen stand, weiß ich nicht. Wenn sie aber nicht darin stand, so gehört das auch in das Capitel der liberalen Presse. Hr. v. Bennigsen hat die Frage aufgeworfen, wie die Lage nach Ablauf der sieben Jahre sein würde, und gesagt, dann trete der jetzige Zustand wieder ein. Durch das Reichsgesetz aber, was Sie jetzt machen, wird die Verfassung abgeändert und ein Mal abgeändert, kann sie doch nicht ohne weiteres wieder hergestellt werden. Was es endlich mit der Stimmung im Volke für eine Bewandtniß hat, davon hat Ihnen schon der Abg. Richter ein Bild gezeichnet. Es wäre wahrhaftig nicht schwer gewesen, gegenüber der Stimmung für die ewige Präsenzstärke eine entgegengesetzte Begeisterung Ihnen nachzuweisen. In einzelnen Städten hat man dieser entgegengesetzten Stimmung in der That Ausdruck gegeben; in München z. B. haben gegenüber den 1000 Stimmen für den Paragraphen mehr als 3000 gegen denselben sich ergeben. M. H., es wäre sogar sehr leicht, 100,000 Stimmen zu finden, die den geschlossenen Compromiß desavouirten. Sie tragen selbst heute ein Wesentliches dazu bei, sich den Boden unter den Füßen wegzuziehen. (Beifall im Centrum, Widerspruch rechts und links.)

Präsident des Reichskanzler-Amtes Delbrück. Es ist hier im Hause wiederholt die Frage aufgeworfen worden: wo sind die Milliarden aus der französischen Kriegsentschädigung geblieben; sie sind verschwunden. Ich möchte deshalb daran erinnern, daß die Milliarden gefordert wurden als eine Entschädigung für Kriegskosten, nicht um daraus für die deutschen Regierungen Capital zu machen. Dieser Forderung entsprechend sind auch die von Frankreich gemachten Zahlungen verwendet worden, theilweise für die mittelbaren Folgen des Krieges und theilweise für die Wehrhaftigkeit des Reiches im Interesse der Erhaltung des Friedens. Was außerdem zur Vertheilung an die einzelnen Staaten gelangt ist, so fällt auch dieser Theil in die Kategorie der Kriegsentschädigung, obgleich damit die Verluste nicht im entferntesten zur Ausgleichung gelangen konnten. An eine Bereicherung der deutschen Staaten hat man bei der Kriegsentschädigung niemals gedacht. Der Hr. Vorredner findet sodann ein Stück Cäsarismus darin, daß es in Deutschland keine Minister mehr gibt. Ich will nur bemerken, daß die in Deutschland vorhandenen Minister mir in meiner Eigenschaft als Präsident des Reichskanzler-Amtes schon recht viel Sorge gemacht haben. (Heiterkeit.) Die Herren reden jede Woche, ja jeden Tag ein gewichtiges Wort. Was die zweijährige Dienstzeit anlangt, welcher der Hr. Vorredner das Wort geredet, so glaube ich, daß bei Berathung dieses Gesetzes davon nicht die Rede sein könne.

Finanzminister Camphausen wendet sich ebenfalls gegen einige Ausführungen des Abg. v. Mallinckrodt, dem er entgegenhält, daß wohl Jeder aus den Erfahrungen der letzten Kriege gelernt haben dürfte, daß es keine gesundere Finanzpolitik gibt, als den Frieden zu sichern, und dazu gebe es kein besseres Mittel, als wenn das Reich sich in der Lage befinde, über den Frieden zu gebieten. (Lebhaftes Bravo.)

General v. Voigts-Rheetz vertheidigt den Ausführungen des Abg. v. Mallinckrodt gegenüber die dreijährige Dienstzeit; ebenso der bayerische Oberst Fries, welcher noch hinzufügt, daß in der bayerischen Armee ebenfalls daran festgehalten werde, daß die dreijährige Dienstzeit beizubehalten sei.

Abg. Dr. Löwe erklärt, daß er Angesichts der Thatsache, daß das deutsche Reich sich noch keiner so festen Organisation erfreue, daß es einen Conflict ertragen könne, für das Septennat stimmen werde in der Hoffnung, daß man nach sieben Jahren die Sache im Sinne des Budgetrechtes des Hauses behandeln werde.

Abg. Graf v. Moltke. Von verschiedenen Seiten ist auf meine frühere Rede hingewiesen worden. Ich erkläre daher, daß ich auch heute noch der Ansicht bin, daß ein Gesammtdeutschland in der Mitte Europa's die beste Bürgschaft für den Frieden ist, aber nur ein starkes Deutschland. So lange die gegenwärtigen Verhältnisse noch obwalten, bin ich der Meinung, daß nur das Schwert entscheiden wird. In dem Kriege gegen Frankreich haben wir unsere Macht nicht mißbraucht; wir haben uns außer der Kriegsentschädigung mit der Zurücknahme alter deutscher Lande begnügt, und wir werden unsern Landsleuten während der nächsten 200 Jahre Zeit geben, wieder deutsch zu werden. Darum aber müssen wir auch die Mittel haben, diese Lande bei Deutschland zu erhalten. Auf ein weiteres Provisorium in der Militärverfassung können wir uns nicht einlassen; ich glaube aber, daß wir den Zeitraum von sieben Jahren schon als ein Definitivum betrachten können, denn Gesetze werden ja nicht für alle Ewigkeiten gemacht. Ich werde daher für das Amendement Bennigsen stimmen, weil ich glaube, daß auch nach sieben Jahren eine patriotische Versammlung dasjenige nicht wird ablehnen können, was wir heute für das Wohl des Vaterlandes beschließen. (Bravo.)

Abg. Lasker betritt um 4½ Uhr die Tribüne. Derselbe legt zunächst die Vorgänge dar, welche in der Commission verursachen, daß man zu keinem Resultat gelangte und verwahrt sich dagegen, daß die Begründung, welche dem Antrag v. Bennigsen gestern vom Antragsteller zu Theil wurde, die Ansichten aller Mitantragsteller treffe. Er hoffe, daß in den sieben Jahren die Meinungen über das Budgetrecht sich klären und die Rechte des Reichstages allseitig Anerkennung finden würden. Als Redner und seine Freunde den Antrag unterschrieben, waren sie sich klar darüber, daß derselbe Gesetz werden würde. Schon 1871 hätten sie dem dreijährigen Provisorium in der Hoffnung zugestimmt, daß inzwischen das Mißtrauen zwischen Militärverwaltung und Reichstag schwinden werde; sie wären sich bewußt, daß eine solche Regelung nie einseitig erfolgen dürfe. Auch dies Mal habe ich, fährt Redner fort, die Ueberzeugung gehabt, daß es zu einer Verständigung kommen werde. In der Commission schien es, als ob mit Hülfe der Minimalziffer eine Verständigung erzielt werden könne. Als die Militärverwaltung dieselbe aber definitiv verwarf, weil sie Verwirrung schaffe, war ich überzeugt, daß eine andere Basis gefunden werden müßte, denn es war nothwendig, einen Beschluß herbeizuführen, der eine ansehnliche Majorität erlangen konnte. Innerhalb unserer Partei galt es auch, Verständigung zu suchen, wie zwischen Reichstag und Regierungen hier. Es ist schon von einem geschätzten Mitgliede derselben gesagt, daß er die Vorlage am liebsten angenommen hätte; andere wollten das Budgetrecht unzeschmälert lassen, weil sie annahmen, daß jede Vertretung des deutschen Volkes die Mittel zur Sicherung der Nation gewähren werde. Von Regierungsseiten wurde ein Mißtrauen gegen künftige Reichstage kund, welches mir unbegründet schien. Ich und meine Freunde haben das lebhafteste Bestreben, die Militärfrage gänzlich dem Streit der Parteien entzogen zu sehen, die Grundlagen der Heeresverfassung nicht mehr zum Gegenstande von Volksversammlungen und Agitationsreden zu machen, und ich habe mich sorgsam geprüft und gefragt, ob dies Ziel erreicht werde, wenn ich den ursprünglichen §. 1 der Vorlage annehme. Darauf habe ich mir antworten müssen: Nein, dies Ziel wird dadurch nicht erreicht, sondern die Annahme dieses §. 1 führt das gerade Gegentheil herbei, und darum mußte

ich mich gegen den ursprünglichen §. 1 erklären. Ich habe nun das Amendement Bennigsen geprüft einzig und allein nach der gegenwärtigen politischen Lage Europa's und bin zu dem Resultate gekommen, daß mit Annahme dieses Amendements der Reichstag nicht gezwungen wird, sein Budgetrecht definitiv aufzugeben, und daß anderseits die Militärverwaltung alles dasjenige festgestellt erhält, was sie nach ihrer ursprünglichen Idee gewollt hat. Es gibt jetzt keine Sieger und keine Besiegte. Nach den Bewegungen des Volkes zu Gunsten des §. 1, die ich keineswegs geneigt bin, für ohne Bedeutung und für künstlich angeregt zu halten, muß ich gestehen, war einige Tage für mich die Gefahr vorhanden, daß der Weg der Verständigung dadurch von Seiten der Regierung erschwert werden würde. Ich habe aber zu meiner Freude wahrgenommen, daß schließlich die vernünftige Erwägung die Oberhand behalten und den Ausschlag gegeben; und dieser Ausgang gewährt mir diese sichere Zuversicht, daß die Militärverwaltung die Zeit herbeiführen werde, in der über die Grundlage der Heereseinrichtungen und über das gesammte Militärwesen ein Streit gar nicht mehr sich erheben kann. Ich für meine Person werde die Zeit segnen, in der die Militärverwaltung gänzlich unserer Discussion entrückt ist. (Beifall.)

Die Discussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt u. A. Richter, daß er und seine Partei bei einer eventuellen Abstimmung über das Amendement Bennigsen für dasselbe votiren werden, aber gegen §. 1 mit diesem Amendement.

Nachdem noch Referent Miquel gesprochen, kommt es zur Abstimmung, deren Resultat wir früher schon mitgetheilt haben.

Deutschland.

Karlsruhe, 16. April. S. K. H. der Großherzog haben unter dem 16. d. Mts gnädigst geruht, den Revidenten Bitzel bei dem Bezirksamt Tauberbischofsheim zum Revisor bei dieser Stelle zu ernennen.

[] **Karlsruhe**, 18. April. Für die Tagesordnung des Reichstags ist folgender Speisezettel in Aussicht genommen: zunächst wird über das Reichspapiergeld verhandelt werden, dann soll die erste Lesung des sogenannten Kirchendienergesetzes an die Reihe kommen, das heftige Stürme im Gefolge haben wird, und sodann sollen für das Preßgesetz mehrere Tage der künftigen Woche in Aussicht genommen sein. Sodann Schluß des Reichstags und für uns in Baden Anfang des Landtags, der mit dem Steuergesetz und der Altkatholikenfrage seine Hauptarbeit haben wird. Man glaubt, daß der Landtag bei einiger Eile in längstens 3 Wochen den Rest seines Pensums erledigt haben kann.

Was das Kirchengesetz betrifft, so glaubt die „Kölnische Zeitung" heute schon versichern zu können, daß alle Fractionen mit Ausnahme des Centrums, der Polen und Socialdemokraten für dasselbe stimmen würden. Sie wird dabei so heftig, daß sie auch die härtesten Maßregeln in folgender offenherziger Weise billigt: „Gegen Personen, welche grundsätzlich sich als Träger einer über dem Staate stehenden Macht, als willenlose Diener einer fremden Gewalt geberden, die dem deutschen Reiche Vernichtung geschworen hat, gibt es nur ein wirksames Mittel, — die gesetzliche Vernichtung. Was bislang noch Vielen zu hart schien, die Entziehung der Staatsangehörigkeit, ist durch das Benehmen Roms, der Bischöfe und des Centrums jetzt in weiten Kreisen als Nothwendigkeit erkannt worden." In ähnlicher leidenschaftlicher Weise äußern sich die andern insprirten Blätter. —

◎ **Vom Kaiserstuhl.** Nach den neuesten Auslassungen ist der Culturkampf die Ursache, daß man beim Militärgesetz ein großes Stück von Volksrechten geopfert hat. Zum hunderten Mal kommt die alte Mär zum Vorschein, der kirchliche Kampf sei der Regierung aufgedrungen worden von der Curie. Aufgedrungen wurde er der Regierung von der liberalen Partei, wie Bennigsen selbst in den sechsziger Jahren bei einem Gläschen guten Weines und Lasker im Jahre 1873 (26. November) im Landtage ausplauderte. Das Bodenlose obiger Anschuldigung wird aber in seiner ganzen Blöße aufgedeckt durch Hinweis auf die renitenten Pastoren in Kurhessen. Wer wird denn da im Ernste versichern wollen, auch dieses Vorgehen sei von der Curie verschuldet? Was haben diese Pastoren mit der Curie zu schaffen?

⁂ **Offenburg**, 19. Apr. Heute wurde durch Pastor Hamp aus Karlsruhe in der Gymnasiumskirche der 4. altkatholische Gottesdienst abgehalten und Beicht gehört und getauft. 7 Beichtende und 2 Kinder hatten Hamps seelsorgerliche Thätigkeit in Anspruch genommen. — Sonst ist das Wetter ruhig und schön!

Aus Baden, 17. April. Die Vertretungen der größeren Gemeinden des Landes haben an dem Entwurfe des Gesetzes über die Führung der Grund- und Pfandbücher kein Wohlgefallen. Dieselben sind der Ansicht, daß mit der beabsichtigten neuen Einrichtung dem mit der bisherigen kollegialischen Behandlung der betreffenden Geschäfte verbundenen Mißstande und den seit Jahren vielfach beklagten unvermeidlichen Unzuträglichkeiten nicht abgeholfen werde, weil nach den Bestimmungen des Entwurfes an die Stelle des bisherigen Gewährgerichts, welches bekantlich sämmtliche Mitglieder des Gemeinderaths umfaßt, nun eine Commission des Gemeinderaths treten soll, sonach die Geschäfte in den größeren Städten für practisch undurchführbar hält. Wie mitgetheilt wird, befindet sich deshalb gegenwärtig eine Petition an die zweite Kammer bei den Gemeindevertretungen der größeren Städte im Umlauf, welche den bezeichneten Bedenken Ausdruck gibt und geeignete Abänderungsvorschläge zu dem vorliegenden Gesetzentwurfe unterbreitet. Das Petitum dieser Vorstellung geht dahin, zu bestimmen, daß in den betreffenden größeren Städten die Führung der Grund- und Pfandbücher einem besonderen Beamten übertragen werde, welcher vom Stadtrath ernannt und dessen Dienstführug von diesem nach Maßgabe der durch Ortsstatut festzusetzenden Normen beaufsichtigt wird. Der Gemeinderath von Freiburg ist in seiner vorletzten Sitzung der Petition beigetreten. (N. B. L. Z.)

Straßburg, 16. April. Elsässische und deutsche Blätter haben von der Adresse der Straßburger „Altdeutschen" viel Aufhebens gemacht. Tant de bruit pour une omelette. Insbesondere wurde es dem „Niederrh. Curier" übel genommen, daß er dem Schriftstücke eine geringe Bedeutung zuschrieb. Diese „Altdeutschen" vergessen eben ganz, daß der gute Takt es denen, welche mitten zwischen die Elsässer hineingestellt sind und im Elsaß ihre Existenz suchen, gebieten sollte, von allen feindseligen Demonstrationen gegen ihre „Brüder" Umgang zu nehmen. Wie wenig sich aber der „Niederrh. Cur." diesmal in seiner Prophezeiung täuschte, davon mag u. A. eine Bemerkung der „Neuen Fr. Pr." Zeugniß ablegen. Das deutschgesinnte Blatt sagt, die Adresse der Altdeutschen Straßburgs, „welche zumeist aus Beamten und catilinarischen Existenzen bestehen," habe einen sehr problematischen Werth. So stark hätten wir uns wahrlich nicht ausdrücken mögen. Man kann die Unliebenswürdigkeit gegen Stammesgenossen kaum weiter treiben. (Frkf. Ztg.)

Passau, 15. April. Nach so eben hier eingetroffenen Nachrichten sind gestern Nacht in Perlesreuth (Niederbayern) 33 Häuser abgebrannt, darunter die Kirche und der Pfarrhof. Drei Personen sind dabei, so viel bis jetzt bekannt, um's Leben gekommen. (A. Z.)

Köln, 16. April. In der gestrigen Sitzung des Zuchtpolizeigerichtes wurde gegen den Herrn Erzbischof wegen der Beschuldigung verhandelt, genehmigt zu haben, daß der Neopresbyter W. Wingerath an der Klosterkirche der barmherzigen Schwestern zu Essen die Stelle als Hilfsgeistlicher versehe, bevor feststand, daß kein Einspruch dagegen seitens des Oberpräsidenten erfolgt sei. Es ist das eine neue Formulirung der Klage, welche in allen den Fällen gebraucht wird, in denen nach Lage der Sache nicht gesagt werden kann: „einen Geistlichen ohne vorherige Anzeige beim Oberpräsidium angestellt zu haben." Der Vertreter des öffentlichen Ministeriums bemerkte, bei dem Herrn Erzbischof sei angefragt worden, ob er wünsche, persönlich zu erscheinen; derselbe habe geantwortet, er werde nicht erscheinen. Der Fall war folgender. Bei dem Weggange des Hilfsgeistlichen Schmitz an die Ritterakademie Bedburg hatte der Rector Mähler an der Klosterkirche der barmherzigen Schwestern zu Essen mit dem Herrn Weihbischof Dr. Baudri hierselbst wegen Annahme eines neuen Hilfsgeistlichen Rücksprache genommen und dabei erfahren, daß der Hr. Erzbischof gegen die Annahme des Wingerath als Hilfsgeistlichen nichts haben werde. Dies wurde dem Letzteren von Schmitz gemeldet mit der Bitte, er möge an seine Stelle nach Essen kommen. Wingerath ging daraufhin nach Essen und leistete dem Rector gegen freie Station und eine unbestimmte Geldvergütung Aushilfe. Die Stelle selbst ist nicht fundirt. Die Verhandlung endigte mit der Verurtheilung des Herrn Erzbischofs zu einer Geldbuße von 200 Thalern, event. zwei Monaten Gefängniß. In den Motiven des Urtheils hieß es u. A., daß wenigstens eine stillschweigende Genehmigung des Herrn Erzbischofes im vorliegenden Falle angenommen werden müsse, derselbe auch am 18. Januar c. schriftlich erklärt habe, daß alle Anstellungen von ihm ausgingen. Der Vertreter des öffentlichen Ministeriums hatte eine Geldbuße von 500 Thlrn. eventuell vier Monate Gefängniß beantragt. (Germ.)

Löningen, 15. April. Gestern und vorgestern waren aus sämmtlichen katholischen Gemeinden Oldenburgs Deputationen bei dem Herrn Bischofe von Münster, um demselben die Versicherung der Anhänglichkeit und Treue seiner oldenburgischen Diöcesanen zu überbringen. An diesen Deputationen betheiligten sich über 2000 Personen und die überreichten Adressen waren mit Tausenden von Unterschriften bedeckt. Unzweifelhaft hätten sich noch weit mehr Oldenburger nach Münster begeben, wenn nicht von den meisten Orten aus die Reise so sehr beschwerlich wäre; eine große Zahl der Theilnehmer hatte 10—12 Stunden Weges zurücklegen müssen, um erst die Bahn zu erreichen.

Paderborn, 14. April. Varietas delectat. Wer wollte das leugnen? Um in die Monotonie der Deputationen einige Abwechslung zu bringen, welche auch in der alten Paderstadt — um mich eines Ausdrucks des berüchtigten Overzierschen Blattes zu bedienen — zu einem „chronischen Uebel" geworden sind, geruhte heute ein nicht mehr seltener Gast, dem bischöflichen Palais seinen höchstofficiellen Besuch abzustatten. Es war der — Executor. Pfändung von Mobilien zur Deckung von 2400 Thalern, so lautet das geflügelte Wort, welches dem Gehege seiner Zähne entfloh. 2400 Thaler (die Summe, welche der ehrenwerthe Herr v. Kühlwetter wegen „gesetzwidriger" Besetzung der schon oft genannten 6 Pfarrstellen im Kreise Brilon verhängte), wahrlich eine Lappalie in den Augen der Milliardensöhne! — Der Herr Executor hatte sich gar bald seines Mandats entledigt. Mit dem großen Cäsar durfte er siegesbewußt ausrufen: Ich kam, sah und — fand Nichts mehr zu beschlagnahmen! Sein glücklicherer Herr College hatte bereits auf alle Gegenstände seine schwere Hand gelegt und alle, alle Mobilien in den Kreis seiner executivischen Wirksamkeit gezogen. Nichts blieb ihm, als das Zusehen und Reflexionen über den Ueberfluß an Mangel und Mangel an Ueberfluß. — Binnen Kurzem wird die vor vier Wochen angedrohte Erhöhung der gedachten Strafsumme auf 3,600 Thaler verhängt werden. Ein Gleiches gilt bezüglich der in der Angelegenheit des suspendirten und excommunicirten ehemaligen Koplaneiverwesers Moennikes zu Lippspringe normirten Strafsumme von 500 Thalern. Ob zur Betreibung dieser Summe noch einmal der Herr Executor sich einen Korb holen wird? Difficile est satiram non scribere. — Eine Deputation der Geistlichkeit des weit entfernten Decanates Iserlohn drückte heute durch den Dechanten Aubarth zu Sümmern dem Oberhirten ihre felsenfeste Treue und Ergebenheit aus. Zugleich wurde demselben eine mit 1600 Unterschriften bedeckte Adresse der Frauen und Jungfrauen Mendens überreicht. „Wir Mütter", so heißt es unter Anderm in dieser Adresse, „wir Mütter geloben insbesondere, mit Gottes Gnade die christkatholische, fromme Erziehung unserer Kinder als unsere heiligste Pflicht zu erfüllen. Wir Jungfrauen wollen unsere Gebete mit allen treuen Kindern unserer hl. Kirche vereinigen, damit die Barmherzigkeit Gottes den Sieg, den der Stifter unserer hl. Kirche, Jesus Christus, uns verheißen, baldigst herbeiführen möge." — Das letzte Hirtenschreiben des Herrn Bischofs ist gestern und heute auch bei den hiesigen Stadtpfarrern confiscirt worden. An andern Orten geschah dies schon früher. (Germ.)

Berlin, 16. April. Der Reichstag kam in der zweiten Lesung des Militärgesetzes heute bis § 30, bis zum Schluß des zweiten Abschnitts. Die Debatte wurde zum Theil vor leeren Bänken geführt, und zuletzt machte sich die Ungeduld des durch die Aufregungen der letzten Woche abgespannten Hauses in sehr merkbarer Weise geltend. Nicht zum Vortheil der Sache, denn es kam doch mehr als ein wichtiger Gegenstand zur Entscheidung. Und namentlich die Opposition hätte allen Anlaß gehabt, zahlreich auf dem Posten zu sein, da bei den wichtigsten Abstimmungen des Tages — über die §§ 11 (Auswanderung) und 24 (Ersatzgeschäft) — die Mehrzahl der Nationalliberalen die Commission, deren Referent über diesen Abschnitt Lasker war, vollständig im Stich ließ. Sie wurden in einer erheblich schlechteren Fassung, als die Commission ihnen gegeben hatte, angenommen. Sollte der Compromiß etwa noch, wie meist Friedensverträge, einige „geheime Artikel" aufzuweisen haben? Und sollte darunter außer weiteren Concessionen beim Militärgesetz nicht auch das Preßgesetz sich befinden? Es ist schwer zu glauben, aber das ist unbestreitbar, daß in parlamentarischen Kreisen in Bezug auf dies Gesetz eine sehr gedrückte Stimmung herrscht. Am Schluß der Sitzung versuchten die Conservativen die von der Commission gestrichene Bestimmung in § 27 wieder einzuschmuggeln, derzufolge auch der Versuch der Auswanderung strafbar sein soll. Damit hatten sie nun freilich kein Glück; sehr bemerkenswerth aber war das offene Bekenntniß des Bundescommissars, daß die von Jahr zu Jahr steigende Auswanderung lediglich der Militärpflicht zur Last zu schreiben sei. (Frkf. Ztg.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Berlin, 18. April. Der Reichstag nahm in dritter Lesung den Gesetzentwurf über Abänderung des Artikels 15 des Münzgesetzes, betreffs Fortdauer der Gültigkeit der österreichischen Thaler an und genehmigte in zweiter Lesung den vorgelegten Nachtragsetat, wobei die Abgeordneten Mosle und Kapp den Kulihandel zur Sprache brachten. Präsident Delbrück erklärte, ein Handelshaus in Hongkong habe den Kulihandel betrieben, der Fall unterliege aber der englischen Jurisdiction und stehe der Gewalt der deutschen Regierung durchaus fern, den deutschen Consulaten sei die strengste Ueberwachung des Transportes aufgegeben. — Hierauf folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Ausgabe von Reichskassenscheinen. Im Laufe der Debatte tritt Finanzminister Camphausen für die Vorlage der Regierung ein. Derselbe führt aus: Das Verhältniß des Notenumlaufs zu dem Metallvorrath sei in allen deutschen Staaten wesentlich gleich. Die Bundesregierungen wollten eine unverzinsliche Staatsschuld creiren, die nach gleichmäßigen Grundsätzen gleichmäßig vertheilt werde. Das Gesammtreich sei nicht verpflichtet, die ungedeckte Notenschuld der Einzelstaaten zu tragen. Die angebliche Bevorzugung einzelner Staaten gegenüber anderen sei eine irrige und durch die Verhältnisse widerlegte Behauptung. Die Reichsregierung müßte den Einzelstaaten entgegenkommen, dieses war die Absicht des Gesetzes. Ueber die Bewilligung der Quote des Notenüberschusses lasse sich rechten, aber keinesfalls sollten Staaten, die weniger Papiergeld ausgegeben haben, stärker benachtheiligt werden als die Vorlage ausspreche. Der Minister widerlegt sodann die Annahme, daß die Vorlage ein Ueberfluß an Papiergeld schaffe und legt das Verhältniß zu dem Silbervorrath in Preußen dar. Zur Einführung der Markrechnung in Süddeutschland könne Preußen „Achtgroschenstücke", deren es über 50 Millionen besitze als Markstücke und „Viergroschenstücke", deren es über 8 Millionen besitze, als Halbmarkstücke ausführen. Deutschland habe nicht nöthig, große Silbermassen auf den Weltmarkt zu werfen, das Ausland müsse dafür wenigstens einen ansehnlichen Preis zahlen. Der Reichstag möge die Vorlage annehmen. Nach längerer Debatte wurde §. 1 mit der Bestimmung angenommen, daß, dem Antrage Bambergers entsprechend, nur Appoints zu 5, 20 und 50 Mark ausgegeben werden.

Berlin, 18. Apr. Reichstag. Schluß. Die §§. 2, und 4 bis 8 des Reichskassenschein-Gesetzes werden unverändert, §. 3 mit einem Antrage von Benda's bezüglich der Art der Vertheilung angenommen. Das Haus vertagt sich darauf, nachdem ein von Windthorst eingebrachter Antrag, Montag die dritte Lesung des Preßgesetzes vorzunehmen, abgelehnt und beschlossen worden ist, Montag das Militärgesetz in dritter Lesung zu berathen.

Berlin, 18. Apr. Ueber die gestrige Abendsitzung der Eisenbahnanleihe-Commission des Abgeordnetenhauses berichtet die „Börsenzeitung", der Regierungscommissar Weishaupt habe die Erhöhung der Eisenbahntarife für eine unabweisbare Nothwendigkeit erklärt. Wenn keine Tariferhöhung stattfände, müsse der Ausfall bei den Staatsbahnen durch eine neue Steuer gedeckt werden. Die Einführung einer solchen sei jetzt unmöglich. Der Handelsminister erklärte in der Sitzung, wie der „Börsenkurier" mittheilt, er sei überzeugt, daß das Reichskanzleramt sich nicht widersetzen werde, wenn die einzelnen Bundesregierungen eine Erhöhung der Tarife für nothwendig erachteten. Er glaube, eine Erhöhung werde bald und in maximo bis zu einem Reichspfennig an Stelle des jetzigen Pfennigs erfolgen. — Betreffs des Bischofsgesetzes einigte sich die freie Commission über den Grundsatz der Staatscontrole über Ausweisung und Verlust des Indigenats. Gegen beide Interdicte sei die Appellation zulässig. Heute Abend wird das bezügliche Amendement vereinbart werden.

Berlin, 18. April. In einer gestern stattgehabten Versammlung hiesiger, der nationalliberalen Partei angehöriger Bürger, unter denen Delbrück, Burg, Weber, Siemens und Reiner zugegen waren, wurde, der „Spen. Ztg." zufolge die Gründung eines nationalliberalen Vereins beschlossen, der im Sinne der nationalliberalen Partei wirken und für die erforderliche Organisation zum Zwecke der Reichs-, Landtags- und Communalwahlen sorgen soll.

Frankenstein (Schlesien), 14. April. Heute Nachmittag gegen 2 Uhr wurde der Kreisvicar Braunstein wegen „Vergehens" gegen die Maigesetze durch zwei Executoren verhaftet. Derselbe hatte im verflossenen Herbst in seiner Eigenschaft als Kreisvicar die erledigte Pfarrei Seitsch administrirt.

Leobschütz, 14. April. Der Herr Fürstbischof von Olmütz ist gestern von dem hiesigen Dreimännergericht auf Grund der Maigesetze zu 600 Thlrn. Geldstrafe eventuell vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Die von ihm angestellten „gesperrten" zwei Cooperatoren Proske-Gröbnig und Hildebrand-Badewitz wurden zu je 50 Thalern eventuell 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Ausland.

Wien, 17. April. Das Abgeordnetenhaus nahm in seiner heutigen Sitzung das Gesetz über die gesetzliche Anerkennung von Religionsgenossenschaften nach den Anträgen des Ausschusses in zweiter und dritter Lesung an und erledigte ebenso das Gesetz betreffs der Salzkammergut-Bahn.

Wien, 18. Apr. Der Landwehrausschuß des Abgeordnetenhauses sprach sich mit 7 gegen 6 Stimmen für das Princip der Errichtung von Landwehrcavallerie-Cadres aus. — Der päpstliche Nuntius, Cardinal Jacobini, überreichte heute seine Creditive.

Paris, 14. April. Es ist nichts weniger als erfreulich, wenn bei so einfachen, naheliegenden Verhältnissen, wie Gemeinderath- und Generalrathswahlen sie bedingen, die hohe Politik den Ausschlag gibt. Aber da die Dinge nun einmal so liegen, muß man dieselben im Zusammenhange mit der übrigen Politik beurtheilen. Deshalb haben die Generalrathswahlen am vorigen Sonntag, bei denen ein Legitimist (Labreste in Chapelle-sur-Erdre) und ein Conservativer (Rigal in Cannes) gegen einen Conservativen und einen Republikaner den Sieg davontrugen, wieder ihre Bedeutung. Schon seit längerer Zeit werden jetzt die radicalen Deputirtenwahlen durch die conservativen Generalrathswahlen aufgewogen. Wer darauf kein Gewicht legen wollte, der mag nur Folgerungen anhören, welche die Rothen aus der Thatsache zu ziehen wissen, daß ihre Leute in den neuesten gewählten städtischen Gemeinderäthen vorherrschen. — Der Advocat Cremieux hat an den General Chanzy einen Brief voller heftigen Vorwürfe gerichtet, weil derselbe den Belagerungszustand über Algier verhängt und dadurch allen Gewaltthaten Thür und Thor geöffnet habe. Nun ist aber dieser Cremieux derselbe Mann, der 1848 und 1870 eine solche Ehrfurcht vor der Gesetzlichkeit an den Tag legte, daß er die ordentliche Landesvertretung gewaltsam sprengen half, um an deren Stelle eine Regierung zu setzen, deren Mitglied er natürlich selber war. Sonst tritt Niemand mit solchem Eifer für die „Gesetzlichkeit" in die Schranken, als so ein handwerksmäßiger Thronumstürzer. — Die Minister sind fast sämmtlich auf dem Lande, Broglie im Eure-departement, Fourton in der Dordogne, Depeyre in Cahors, Magne in der Nähe von Paris. — In Angers hat der Maire ebenfalls eine Verordnung über die Civilbeerdigungen erlassen, um dem Aergerniß zu steuern, daß die Kirchhöfe zu Orten werden, wo öffentliche, politische Versammlungen mit gotteslästerlichen Reden gehalten werden. (Germ.)

Paris, 16. April. Guizot ist seit einigen Tagen sehr leidend. Der Tod seiner Tochter ist ihm noch nicht so nahe gegangen, als der Streit mit Herrn Emile Ollivier und die Enthüllungen, welche in Folge dessen über das Verhältniß seines Sohnes zu dem Kaiser Napoleon gemacht wurden. Der greise Staatsmann verfällt jetzt häufig in langen Schlaf, der ihm gleichwohl keine Kräfte gibt; auch leidet er an Appetitlosigkeit. Er liest und schreibt nach wie vor, darf aber das Zimmer nicht verlassen.

Paris, 17. April. Die legitimistischen Blätter veröffentlichen einen Brief Lucien Bruns, in welchem derselbe ausführt: „Der Beschluß der Nationalversammlung vom 20. November 1873 schuf keine neue Institution, sondern verlängerte nur die Amtsgewalt des Marschallpräsidenten Mac Mahon, die aber von seiner Person untrennbar ist. Wir beabsichtigen nicht, wieder zu nehmen, was wir gaben, wir werden aber dafür wachen, daß dieses Pfand in den loyalen Händen Mac Mahons bleibe. Wir werden eine Aenderung in der Natur der Bedingungen nicht zulassen. Die Zuschrift schließt mit der Versicherung, die Legitimisten seien die zuverlässigsten Freunde Mac Mahons.

Namur, 18. April. In dem Processe Jaumarts betreffs Fälschung des Testaments des Barons Pasquet d'Acosse erkannte der Gerichtshof Jaumart gestern des Gebrauchs eines falschen Testaments, das Jaumart zum Erben von 6 Millionen Francs der Acosse'schen Hinterlassenschaft einsetzte, für schuldig und verurtheilte ihn zu zehnjähriger Einschließung. Das Bekanntwerden des Urtheils führte erhebliche Ruhestörungen herbei, wobei mehrere Personen verwundet wurden und Verhaftungen vorgenommen werden mußten.

Aus Spanien sind gar keine Nachrichten eingetroffen; dies kann ebenso bedeuten, daß nichts, als daß sehr Wichtiges vorgefallen ist. Denn da die (schwerlich ernstgemeinten) Unterhandlungen definitiv abgebrochen, so wie die Verstärkungen, auf die Marschall Serrano überhaupt zu rechnen hatte, nunmehr wohl sämmtlich angelangt sind, so steht der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten nichts mehr im Wege. Beide Theile haben die Zwischenzeit der Waffenruhe nicht verloren, und in demselben Maße, wie die Republicaner ihre Artillerie, haben die Carlisten ihre Befestigungen auf der ersten und zweiten Linie bedeutend verstärkt. Nur gegen Bilbao hat der kluge und vorsichtige Elio seither nichts Ernstliches mehr unternommen, vielmehr sein Pulver möglichst gespart, in der gewiß richtigen Annahme, daß er es am Monte Abanto nöthiger haben könnte, und daß ein hier errungener nochmaliger Sieg die fast schon erschöpfte Stadt ihm von selbst und ohne weitere Opfer in die Hände liefern wird. Nach Angabe eines gut unterrichteten Correspondenten des Genfer „Bien public" haben die Carlisten seit dem 27. März ca. 8000 Mann Verstärkungen erhalten, nebst fünf bespannten Geschützen und drei Millionen Patronen. Serrano seinerseits hat ca. 7000 Mann an sich gezogen und 20 Stück Geschütz. Demgemäß berechnet man heute die Stärke der carlistischen Armee zu 40,000 Mann mit 45 Geschützen, die der republicanischen Armee zu 46,000 Mann mit 85 Geschützen. Allein diese numerische Ueberlegenheit der republicanischen Streitkräfte wird vollständig ausgeglichen durch den Vortheil der carlistischen Positionen, die nach übereinstimmendem Urtheil ohne Aufopferung eines Drittels oder vielleicht der Hälfte der Serrano'schen Truppen nicht zu nehmen sind. (K. V. Z.)

Madrid, 17. April. Die „Gaceta" bringt die Meldung über ein bei Predunabena stattgehabtes Gefecht, wobei die Carlisten 53 Todte und 22 Verwundete hatten. Ferner meldet das Blatt, eine andere Abtheilung Carlisten sei auf portugiesisches Gebiet übergetreten und dort internirt worden. — Ein viertes Verstärkungscorps für die Nordarmee ist in der Formation begriffen.

Madrid, 18. Apr. General Concha, welcher im Lager Saint-Martin Besprechungen mit dem Marschall Serrano hatte, ist zum Oberbefehlshaber des dritten Corps ernannt worden. Das Wetter hat sich in den letzten Tagen gebessert, doch dürfte der Wiederbeginn der Operationen den aus Santander eingegangenen Nachrichten zufolge nicht vor Mittwoch oder Donnerstag erfolgen.

London, 17. April. Im Unterhause bestätigte Disraeli auf eine Anfrage Jenkins, daß Herr von Lesseps mit der Schließung des Suezkanals gedroht habe, wenn die Pforte auf den von der internationalen Commission aufgestellten Bedingungen bestehe. Der Ministerpräsident fügte hinzu, die französische Regierung habe Lesseps aufgefordert, von gewaltsamen Maßnahmen abzustehen und sich den Bedingungen der Commission zu fügen. Er (Disraeli) halte die Drohungen Lesseps für das Produkt momentaner Erregtheit und glaube, Lesseps werde sich in die Umstände fügen. — Die für General Wolseley geforderte Dotation von 25,000 Lst. wurde bewilligt.

London, 18. April. Ein Telegramm der „Times" aus Santander vom 17. d. M. meldet: Die Regierung ist zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Carlisten fest entschlossen und läßt jeden Gedanken an eine Unterhandlung dementiren. Die Gouverneure der Provinzen sind angewiesen, jede alphonsistische Propaganda ganz energisch zu unterdrücken. Admiral Topete ist nach Erledigung des Ausgleichsversuchs mit den Madrider Ministern in Somorostro eingetroffen. Die Differenzen sind beigelegt. Zuerst soll Bilbao entsetzt werden und sind deßhalb 12,000 Mann unter Befehl des Generals Concha von Santander abgegangen. Von anderen Theilen Spaniens marschiren 12,000 Mann, um sich mit der Abtheilung Conchas zu vereinigen. Die Carlisten befestigen die Stellungen zwischen Balmaseda und Ranales. Bilbao ist bis zum 5. Mai verproviantirt.

Constantinopel, 17. April. Die Pforte hat dem Vicekönig von Ägypten telegraphisch die in der Suezkanal-Angelegenheit früher ertheilten Weisungen wiederholt und erklärt, sie könne darin im Hinblick auf die Entscheidungen der Commission nichts ändern. Die russische Regierung hat Herrn von Lesseps aufgefordert, sich der Entscheidung der Commission zu fügen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.

Wer eine Annonce hier oder auswärts veröffentlichen und Zeit resp. Geld sparen will, der beauftrage damit die Annoncen-Expedition von **Haasenstein & Vogler** in Frankfurt a. M., deren ausschließliches Geschäft es ist, Anzeigen in alle Zeitungen der Welt billigst zu vermitteln.

Zu vermiethen

vom **Schlosse Merzhausen** auf einer Anhöhe mit herrlicher Aussicht, 3/4 Stunden von Freiburg gelegen:

der 2. Stock mit 7 Zimmern und Saal,
der 3. Stock mit 9 Zimmern.

Nähere Auskunft ertheilt die Verwaltung des Grafen Max v. Kageneck zu Freiburg i/B.

Anzeige u. Empfehlung.

Der Unterzeichnete beehrt sich hiermit, dem geehrten hiesigen wie auswärtigen Publicum seine Dienste als

Möbel-Transporteur

sowohl für Umzüge in der Stadt als über Land mittelst seines eigenen auf's Beste eingerichteten Möbelwagens oder per Eisenbahn anzubieten und sichert reelle und möglichst billige Bedienung zu. Achtungsvoll

L. Allgeier, Querstraße 6.

Ein Frauenzimmer, welches längere Zeit bei einem katholischen Geistlichen in Dienst war und welcher kürzlich gestorben ist, wünscht wieder eine Stelle bei einem geistlichen Herrn oder auch anderwärts auf Johanni oder früher zu erhalten. Portofreie Offerten mit Freimarke befördert die Expedition d. Bl. 2.1

Im Verlage von Franz Ackermann in Weinheim ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neuester

Münzumrechner

Genaue Umrechnung der bisherigen süddeutschen Gulden, Thaler, Markkourant, Thaler-Gold, österreichische Gulden und Franken von 1 Pfennig bis 100,000 Thaler
in die neue deutsche Reichsmünze
und umgekehrt
von der neuen Reichsmünze
in die bisherigen.
Nebst dem Münzgesetz v. 4. Dez. 1871 und 9. Juli 1873.
4. Aufl. Taschenformat geh. 12 kr.

Derselbe in

Plakatform

gr. Imp. Format. Preis 12 kr.

Bei der Einführung der neuen Reichsmünze ist dieser Münzumrechner für Jedermann unentbehrlich und kann derselbe wegen seiner praktischen Einrichtung nicht genug empfohlen werden.

■ Auf directe Bestellung und Einsendung in Postmarken, wird der Münzumrechner franko gesandt.

■ Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

In der **Kranzfelder**'schen Buchhandlung in **Augsburg** ist soeben erschienen:

Mühlbauer, Wolfgang, (Dom-Ceremoniar in München.) Geschichte und Bedeutung der **(Wachs)-Lichter bei den katholischen Funktionen.** Ein Beitrag zur Liturgik, sowie für Prediger, Katecheten und religiöse Kunstanstalten. gr. 8°. 224 Seiten. Preis: fl. 1. 30 kr. oder 27 Silbergroschen. 2.2

Kreuzwegstationen

in Oel gemalt, nach der berühmten Composition von Führich, empfiehlt Unterzeichneter in folgenden Größen und Preisen:

I.	Bildergröße	130	Ctm.	hoch,	Preis	ohne	Rahmen	320	Thlr.,	mit	Rahmen	420 Thlr.,
II.	"	106	"	"	"	"	"	250	"	"	"	330 "
III.	"	87	"	"	"	"	"	180	"	"	"	240 "
IV.	"	68	"	"	"	"	"	130	"	"	"	180 "
V.	"	57	"	"	"	"	"	80	"	"	"	120 "
VI.	"	45	"	"	"	"	"	60	"	"	"	90 "

Kreuzwege in Oelfarbendruck:

I.	Bildergröße	80	Ctm.	hoch,	Preis	ohne	Rahmen	70	Thlr.,	mit	Rahmen	115 Thlr.
II.	"	45	"	"	"	"	"	40	"	"	"	60 "
III.	"	31	"	"	"	"	"	27	"	"	"	45 "

Rahmen hiezu können nach Wunsch in Natureichenholz oder Gold geliefert werden. **Probe Stationen** werden zur Einsicht gesendet, sowie **Abschlagszahlungen** angenommen. Altar- und sonstige Heiligenbilder werden zu den billigsten Preisen geliefert.

Zu geehrten Aufträgen empfiehlt sich hochachtungsvollst

Krombach, Maler,
München, Theresienstraße Nr. 32/1.

2

Die landwirthschaftliche Schule Hochburg

bei **Freiburg i/B.** beginnt den Sommercurs am 11. Mai. Prospect und nähere Auskunft durch 3.1 (H.r.57.1) **Die Direction.**

Pferdemarkt zu Frankfurt a. M.

am 27., 28. und 29. April 1874.

Die vollständig für 400 Pferde hergerichteten neuen prachtvollen **Stallungen** umgeben mit schönsten Musterplätzen, welche noch durch eine große bedeckte Reitbahn vermehrt wurden, sind zur Aufstellung feinerer Pferde bestimmt.

Prämiirung am 27. April nebst Vertheilnng von Ehrenpreisen an die Besitzer der besten zu Markt gebrachten Pferde.

Verloosung am 29. April, öffentlich vor Notar und Zeugen von 61 **der schönsten Reit- und Wagenpferde, 10 vollständigen vier-, zwei- und einspännigen Equipagen, nebst completten Geschirren, sowie sonstigen Reit- und Fahr-Requisiten im Werth von ca. fl. 70,000,** wenn 40,000 Loose vergriffen sind.

Anfragen und Bestellungen auf **Stallungen**, sowie auf **Loose**, Letztere à Thlr. 1, (fl. 1. 45 kr.) per Stück, beliebe man franco an den Secretär des unterzeichneten Vereins, Herrn **C. Kappel**, zu richten, wo auch Uebernehmer einer größeren Anzahl von Loosen die näheren Bedingungen erfahren können.

Den Aufträgen für Loose ist der Betrag franco mit deutlicher Angabe der genauen Adresse beizufügen. Falls die Zusendung franco und recommandirt gewünscht wird, sind die erforderlichen Marken einzusenden.

Auswärtige Theilnehmer, deren Adressen dem Secretariat bekannt sind, werden, falls ihnen ein größerer Gewinn zufällt, davon — soweit thunlich — mittelst Telegramm in Kenntniß gesetzt.

Der Vorsitzende des Landwirthschaftlichen Vereins: Dr. **Georg Haag.**

Jöhlingen.

Kapital-Antrag.

Zum Ausleihen liegen bereit: im Baufond **1500 fl.**, im Frühmeßfond **700 fl.**

☞ Die Gemeinde sammelt für gemeinnützigen Zweck Gegenstände aus der Zeit des Klosters St. Blasien, z. B. Urkunden, Bücher, Bildnisse und Wappen der Aebte, Abbildungen der Kirche oder des Stiftsgebäudes u. s. w. und bittet um einschlagende Beiträge.

St. Blasien, den 17. März 1874.

Der Gemeinderath. M. Waßmer, Bürgermeister.

Sichere Hülfe Allen, welche an Magenkrampf, Hämorrhoidal, Bleichsucht, Drüsen, Flechten, Gicht, Nervenschwäche, weissen Fluss u. s. w. leiden. Unentgeldliche Auskunft ertheilt

Fr. Th. Meyhofer,
Braunschweig
Salzdahlumerstrasse 31.

Stellensuchende aller Branchen werden placirt. „Bureau Germania", Breslau, Reuschestraße 52. 6.5

Eine alte bewährte Versicherungsanstalt, welche bei mäßigen Prämien, Schaden **coulant regulirt**, stellt an jedem Ort Agenten mit **hoher Provision** an. Offerten richte man franco an General-Agent **Herm. Bauer, Frankfurt a/M.** (H. 6771.)

☞ Es werden zum Waschen, zum Stricken u. zum Ausbessern Gegenstände angenommen Durlacherthorstraße Nr. 77 im dritten Stock.

Gesellige Zusammenkunft

Mittwoch, 22. April,
Bahnhof-Restauration **Wiesloch.**

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Montag, 20. April. Zweites Quartal. 55. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: **Epidemisch.** Schwank in 4 Akten von Dr. J. B. v. Schweizer. Anfang halb 7 Uhr.

Dienstag 21. April. Zweites Quartal. 56. Abonnementsvorstellung. **Viel Lärmen um Nichts.** Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare. Anfang halb 7 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch, 22. März. **Epidemisch.** Schwank in 4 Akten von Dr. J. B. v. Schweizer. Anfang halb 7 Uhr.

Geburten.

14. April. Karl Emil, Vater Christian Hilß, Schreiner.
14. " Friedrich Wilhelm, Vater Bonifaz Schaier, Buchdrucker.
15. " Friederike, Luise, Vater Felix Wemlinger, Bahnhofarbeiter.
16. " Auguste, Vater August Schulze, Schreiner.
16. " Ein Mädchen (todtgeboren), Vater Max Renz, Schlosser.
16. " Rosalia, Vater Haimann Kahne, Handelsmann.
16. " Heinrich, Vater Friedrich Horn Schieferdecker.
17. " Karl Heinrich, Vater Johannes Schenk, Wagner.

Todesfälle.

17. April. Mina, Vater Holzmacher Hiese. 2 J.
16. " Margarethe, Ehefrau des Schloßwächters Boos. 60 J.
17. " Josef Oser, Geheimer Finanzrath, ein Ehemann. 78 J.
18. " Stefanie Uebelin, Wittwe. 34 J.

Verloosungen.

Oesterreichische 1864er Loose. Ziehung am 15. April. Gezogene Serien: 166 322 748 1520 1694 1963 2459 3392. Hauptpreise: Serie 1963 Nr. 5 220,000 fl. Serie 1963 Nr. 36 15,000 fl. S. 2549 Nr. 33 10,000 fl. S. 422 Nr. 51, 53, S. 748 Nr. 76 je 5000 fl. S. 166 Nr. 73, S. 1520 Nr. 82, S. 2549 Nr. 83 je 2000 fl. S. 1520 Nr. 28, 90, S. 1963 Nr. 32, S. 2549 Nr. 65, S. 3392 Nr. 10, 95 je 1000 fl. S. 166 Nr. 7, 8, 85, S. 748 Nr. 81, S. 1520 Nr. 29, S. 1694 Nr. 6, 30, 96, S. 2549 Nr. 3, 6, 60, 89, S. 3392 Nr. 2, 29, 53 je 500 fl. S. 166 Nr. 37, S. 322 Nr. 5, 30, 48, 68, S. 748 Nr. 20, 64, S. 1520 Nr. 7, 68, 89, 98 S. 1694 Nr. 16, 37, 43, 67, S. 1963 Nr. 40, S. 2549 Nr. 42, 48, 49, S, 3392 Nr. 7, 25, 26, 32, 34, 61, 79, 82, 93, 98, 100 je 400 fl. — Alle übrigen in den obigen Serien enthaltenen Nummern je 180 fl.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 18. April.

Staatspapiere.	pr. comptant.
Preußen 4½% Consol. Oblig.	106¼ b
4½% do.	— G
4% do.	— G
Baden 5% Obligationen	104¼ P
4½% do.	— b
4% do.	96¾ G
3½% do. v. 1842	91½ G
Bayern 4½% Obl. 1856 8s. ½jähr.	101½ G
4½% " (Zins 1jähr.)	— b
4% " " 1jähr.	97½ G
Württemberg 5% Obligationen	105⅛ G
4½% "	101⅜ P
4% "	— G
Nassau 4½% Obligationen	98¼ G
3½% do.	92¼ G
Sachsen 5% do.	105⅜ G
Gotha 5% do.	— P
Gr. Hessen 5% do.	93¾ G
4% do.	97 G
Oesterr. 5% Silberrente R. 4½%	66⅝ G
4% Papierrente R. 4⅛%	62⅜ P
do. do.	62⅜ P
5% Ung. E.-B.-Anl. 1868	70¼ b
Rußland 5% Oblig. v. 1871	97 b

Rußland 5% Obligationen v. 1872	96¾ G
Belgien 4½% Obligationen	102¾ G
Schweden 4½% Oblig. in Thaler	98⅛ G
Schweiz 4½% Berner Obligationen	96½ G
4% " "	— G
N.-Amerika 6% Bonds 1882r v. 1862	99⅛ b
6% " 1885r v. 1865	101 G
5% " 1904r 10/40 1864	98¼ G
Spanien 3% neue Schuld von 1869	18 G
Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 kr.	95½ G
do. leere.	— P
Actien und Prioritäten.	
Badische Bank, 200 Thaler	112 P
3% Frankfurter Bank, fl. 500	147¾ G
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	370 b
3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	1005 G
5% do. Creditactien, fl. 160	215 G
Stuttgarter Bank	— P
5% Elisabethbahn, fl. 200	209½ G
5% Rudolphsbahn, fl. 200	162½ b
4% Ludwigshafen-Bexbacher-E. fl. 500	177 G
4½% Bayerische Ostbahn, fl. 208	110¾ b
4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	131½ G
5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	325 b

5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	86⅞ P
3% do. do.	49⅝ b
5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	84⅜ G
5% do. do. 2. Emiss.	— P
5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	84 G
3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 kr.	61½ G
5% Hessische Ludwigsbahn	103⅞ b
5% Pfälzische Ludwigsb. (Bexbach.)	104 P
6% Central Pacific, rückz. 1898	79 G
6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	63 G
6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	46¾ G
Anlehens-Loose.	
Bayerische 4% Prämien-Anleihe	— G
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	112¼ b
Badische 35-fl.-Loose	69¼ G
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	22½ b
Gr. Hessische 50-fl.-Loose	— b
" 25-fl.-Loose	— G
Kurhessische 40-Thaler-Loose	72 G
Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	— P
Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	— b
" 5% 500 do. do. 1860	95⅞ b
" 100-fl.-Loose do. 1864	— b
Schwedische 10-Thaler-Loose	6 G

Finnländer 10-Thlr.-Loose	10¼ G
Meininger 7-fl.-Loose	7¾ G

Wechsel-Cours.

Amsterdam k. S.	99⅝ G	
Augsburg "	100 P	
Berlin "	104⅞ G	
Bremen "	105⅛ P	
Brüssel "	94 b	
Hamburg "	105⅝ P	
Leipzig "	105 P	
London "	118½ b	
Mailand "	— b	
Paris "	94 G	
Wien "	105¾ G	

Gold und Silber.

Pr. Friedrichsd'or	fl.	— —
Pistolen	"	9. 34—36
Holländ. 10-fl.-St.	"	9. 45—47
Ducaten	"	5. 30—32
20-Frankenstücke	"	9. 25—26
Engl. Sovereigns	"	11. 50—52
Russ. Imperiales	"	9. 40—42
Dollars in Gold	"	2. 25—26

Druck und Verlag der Aktiengesellschaft Badenia: L. Großmann, Faktor. Karlsruhe, Adlerstraße 20.